

Bern

Lehrer befürchten Imageschaden für die Gemeinde Kehrsatz

Die Juso kündigen Protest gegen die von der Gemeinde Kehrsatz verhängte Ausgangssperre an, selbst die Schulleiter distanzieren sich von der Massnahme - und die Gemeindepräsidentin verteidigt sich.

Martin Erdmann

Die Schulanlage Selhofen ist von Stille umhüllt. Nur das dumpfe Brummen eines Flugzeugmotors dringt vom nahe gelegenen Flugplatz zu den beiden grünen Blöcken hinüber. Im grösseren von ihnen wird die Oberstufe unterrichtet. 160 Kinder im Alter zwischen 13 und 16 Jahren gehen hier zur Schule. «Ganz flotte junge Leute», versichert Matthias Ganz, der die Oberstufe zusammen mit Markus Keller leitet. Dennoch sind die Schüler die Hauptbetroffenen einer neuen Massnahme: Wer nicht 16 Jahre alt ist, hat ab 22 Uhr nichts mehr auf der Strasse verloren. Es sei denn, man wird von den Erziehungsberechtigten oder einer berechtigten Aufsichtsperson begleitet (siehe «Bund» vom 14. Januar).

Diese neue Regel, die Vandalismus, Littering und Nachtruhestörung verhindern will, ist am 1. Januar in Kraft getreten. «Das war ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt», sagt Markus Keller. Denn seit zwei Jahren gebe es sehr wenig Ärger in der Gemeinde. Den Grund darin sehen die beiden Schulleiter in den Rundgängen der Broncos Security AG, die 2010 von der Gemeinde angestellt wurde, um für nächtliche Ruhe zu sorgen. «Die machen eine gute Arbeit. Sie gehen mit den Jugendlichen auf vernünftige, aber bestimmte Art um», sagt er.

«Wir befürchten leichte Gewalt»

Doch schon wenige Wochen nach der Einführung des neuen Gesetzes könnte dieses auf die Probe gestellt werden. Denn die Ausgangssperre wird nicht von allen hingenommen. Die Juso Stadt Bern bezeichnen die neue Regelung als «Provokations-Gesetz» und wollen nun aktiv dagegen vorgehen. «Wir planen innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Protestaktion in Kehrsatz», sagt Sprecher Felix Graf. Vorgesehen ist ein «gemütlicher Abend» mit Stühlen, Bänken, Musik. Aber am wichtigsten: «Die Veranstaltung wird länger als bis 22 Uhr dauern.»

Die Ausgangssperre werden die Juso als «schweren Einschnitt in die persönliche Freiheit», sagt Graf. Die Bedürfnisse der Jugendlichen seien verschieden. Das neue Gesetz würde nur pauschalisieren und viele bestrafen, obwohl nur wenige verantwortlich seien. Doch die Ausgangssperre ist nicht der einzige Punkt, der bei den Juso auf Kritik stösst. Auch der Broncos-Sicherheitsdienst wird kritisiert. Sie seien für diese Aufgabe nicht geeignet und sollten durch Jugendarbeiter ersetzt werden, so Graf. «Wir befürchten, dass Broncos-Mitarbeiter zu Gewalt greifen könnten, wenn die Jugendlichen nicht gehorchen.»

Broncos schauen für Ordnung

Diesen Vorwurf will man sich bei der Broncos Security AG nicht gefallen lassen. «Die Juso haben uns wohl mit dem Töffclub verwechselt. Unsere Leute kommen alle aus dem Sicherheitsbereich und wurden für Dorfpatrouillen speziell geschult», sagt Geschäftsleiter Peter



Jugendliche hängen etwa am Bahnhof Kehrsatz rum - für unter 16-Jährige ist nach 22 Uhr Schluss. Foto: Michael Schneeberger (Archiv)

Widmer. In Kehrsatz sei man nur auf kommunikativer Ebene tätig. «Wir schauen, dass die Jugendlichen ihre Flaschen mitnehmen und keine Glassplitter hinterlassen.»

Die Juso fordern von der Gemeinde einen Kurswechsel. Für die Jugendlichen sollte mehr getan werden, sagt Graf. So soll zum Beispiel ein Jugendzentrum geschaffen werden, um die Jugendlichen von der Strasse zu holen. Dieser Ansatz wird auch von den Jungfreisinnigen des Kantons Bern unterstützt. «Es wäre schön, wenn mehr Geld in solche Projekte investiert würde», sagt Kantonalpräsident Patrick Minder. Dennoch ist er überzeugt, dass Security und Regeln notwendig sind. Ob die Gesetzesänderung in Kehrsatz aber Sinn ergibt, sei fraglich: «Wichtiger wäre ein ausgewogener Mix aus nötigen Angeboten und Kontrolle.»

Lehrer fürchten Imageprobleme

Zurück im Schulhaus Selhofen. Die beiden Schulleiter sind sich uneins. Ist das neue Gesetz sinnvoll? Keller: «Manche Eltern kümmern sich zu wenig um ihre Kinder. Daher braucht es gesetzliche Grundlagen, um diese in die Verantwortung zu nehmen.» Kollege Ganz hat hingegen seine Zweifel: «Ein gewisser Prozentsatz an Renitenten wird es im-

mer geben, da ändert auch das neue Gesetz nichts daran.» Weiter fragt sich Ganz, was für Gesetze sonst noch kommen sollen. «Werden als Nächstes Kaugummikauen und Fluchen gesetzlich verboten?» Das würde in amerikanische Verhältnisse ausarten. In einem sind sich die beiden Schulleiter jedoch einig: Die Ausgangssperre werfe ein «schlechtes Licht» auf die Gemeinde.

Die Kritik an den Juso

Für Katharina Annen, Gemeindepräsidentin von Kehrsatz, war die Ausgangssperre die letzte mögliche Lösung: «Ich bedaure es, dass wir solche Gesetze erlassen müssen, aber es bleibt uns nichts anderes übrig.» Man habe mehrmals mit problematischen Jugendlichen gesprochen, doch das habe nichts genutzt. «Es ist sehr schwer, an diese heranzukommen», sagt Annen. Frühere Massnahmen wie Putzarbeiten hätten nicht mehr gegriffen, und die vielen Reklamationen wegen Nachtruhestörung hätten die Gemeinde unter Zugzwang gesetzt, so die Gemeindepräsidentin.

Annen ist überzeugt, dass das neue Gesetz der richtige Weg ist, auch wenn nur ein kleiner Teil der Jugendlichen davon betroffen sei. Denn damit wäre für die Broncos eine gesetzliche Grundlage gegeben. «Früher kam immer die Poli-

zei, wenn es Probleme gab. Jetzt übernehmen das die Broncos. Diese Massnahme ist eigentlich weniger repressiv.» Für die massive Kritik der Juso hat Annen Verständnis, jedoch nur bedingt: «Ich kann es nachvollziehen, dass sich Jugendliche daran stören, doch mit dem Ton und dem Stil der Juso habe ich Mühe», sagt die Gemeindepräsidentin. Die Gemeinde sei von der Jungpartei nie kontaktiert worden.

Rückhalt in der Bevölkerung

In Sachen Jugendangebot könne sich jedoch tatsächlich etwas ändern, räumt Annen ein. «Es gibt keinen fixen Treffpunkt für Jugendliche.» Der Grund dafür liege aber bei den Jugendlichen selber. «Wir stellten ihnen die Möglichkeit zur Verfügung, einen Jugendtreff zu eröffnen und selber zu führen.» Das Interesse hielt sich in Grenzen, das Projekt kam nie zustande. «Die meisten Jugendlichen wollen einfach konsumieren, ohne Verantwortung zu übernehmen.» Ein neuer Anlauf für einen Jugendtreff ist laut Annen aber in Planung.

In der Bevölkerung scheint das Gesetz Akzeptanz zu geniessen. Laut Katharina Annen wurde es an der letzten Gemeindeversammlung im Dezember diskussionslos und ohne Gegenstimme verabschiedet.

Stadträte sind beunruhigt über EWB

Für 140 Millionen Franken baut EWB ein städtisches Glasfasernetz. Jetzt zweifeln Stadträte an der Wirtschaftlichkeit der Investition.

Christoph Lenz

In mehreren Quartieren schränken Bauarbeiten derzeit den Strassenverkehr ein. Dank einigen dieser Baustellen soll aber in Bern bald vieles wesentlich schneller gehen - sie dienen nämlich dem EWB-Grossprojekt schlechthin. Bis 2020 sollen alle Stadtbürger Haushalte mit unterirdischen Glasfaserleitungen erschlossen werden. Die Stadtbewohner kommen dadurch in den Genuss von leistungsfähigeren Telefon-, Internet- und TV-Leitungen. Für die Betreiber hingegen bedeutet das Glasfasernetz

enorme Investitionen - und damit auch ein erhebliches wirtschaftliches Risiko. Energie Wasser Bern (EWB) etwa investiert 140 Millionen Franken in die Zukunftstechnologie. Ein Betrag, der unter Politikern die Sorge auslöst, dass sich die öffentliche Anstalt mit diesem Vorhaben übernimmt und Vermögen der Bevölkerung schlecht investiert.

Informationen aus internem Brief

Schon 2009 äusserten sich Berner Stadträte kritisch über das wirtschaftliche Risiko, das EWB eingeht. Nun bringen Matthias Stürmer (EVP) und Michael Köpfl (GLP) in einem Vorstoss neue Vorbehalte vor. Zum einen stellen sie dem Gemeinderat Fragen, die das Controlling und die Kostentransparenz beim EWB-Glasfasernetz betreffen. So wollen sie wissen, ob EWB-Verwaltungsräte durch direkte oder indirekte Mandate am Aus-

bau des Glasfasernetzes beteiligt seien. Zum anderen fragen die Stadträte, ob die EWB ihren Bereich Telekom, bei dem die Glasfasernetzinstallation angesiedelt ist, geschlossen haben. Stürmer und Köpfl stützen sich dabei auf Informationen, die aus einem Schreiben eines ehemaligen leitenden Mitarbeiters von EWB hervorgehen. Der Brief liegt dem «Bund» vor.

Hat also EWB die wichtige Abteilung aufgegeben? EWB-Sprecherin Alexandra Jäggi widerspricht: «Der Bereich Telekom ist weder geschlossen noch ausgelagert worden. Er wurde in die bestehende, funktionale Aufbau- und Ablauforganisation von Energie Wasser Bern integriert.» Auch beim Ausbau des Glasfasernetzes laufe alles nach Plan, so Jäggi. Der Berner Gemeinderat wollte sich gestern nicht zur Interpellation von Stürmer und Köpfl äussern.

Vorwürfe gegen Gurtenfestival-Crew vom Tisch

Gute Neuigkeiten für Appalooza: Die Staatsanwaltschaft entlastet die Berner Eventagentur vom Betrugsverdacht.

Christoph Lenz

Anfang Jahr hat die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland ihr Strafverfahren gegen die Berner Eventagentur Appalooza eingestellt. Dies teilt der zuständige Staatsanwalt Thomas Perler auf Anfrage mit. «Der Verdacht auf Betrug und Veruntreuung liess sich nicht erhärten. Es gibt somit keine Grundlage für eine Anklage gegen Appalooza», so Perler.

Hintergrund der Ermittlungen war ein Streit zwischen den Mitgliedern der Band Bagatello und Appalooza, die unter anderem das Gurtenfestival veranstalteten. Bis zur Auflösung der A-cappella-Gruppe im Jahr 2009 verband die beiden Parteien eine äusserst erfolgreiche Zusammenarbeit. Gegen 1000 Konzerte gaben Bagatello während der Nullerjahre in der deutschsprachigen Schweiz. Massgeblichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hatte Appalooza-Gründer Philippe Cornu, der hinter den Kulissen dafür sorgte, dass die Tour immer weiterging und die Kasse stimmte.

Streit um Loch in der Bandkasse

Zum Bruch kam es, als nach der Bagatello-Abschiedstournee 2009 ein Fehlbetrag von mehreren Hunderttausend Franken resultierte. Nach internen Auseinandersetzungen schalteten Bagatello 2011 die Polizei ein. Sie zeigten ihr ehemaliges Management wegen Betrugs und Veruntreuung an. Nachdem die Berner Kriminalpolizei rund ein Jahr ermittelt hatte, ging der Fall an die Staatsanwaltschaft weiter (der «Bund» berichtete). Mit der Einstellung dieses Strafverfahrens sind die Vorwürfe gegen Appalooza vom Tisch.

Philippe Cornu, Geschäftsführer der Eventagentur, zeigte sich gestern erfreut über die Einstellung des Verfahrens. «Wir waren immer davon überzeugt, dass wir nichts Falsches gemacht hatten. Die Staatsanwaltschaft hat dies nun bestätigt.»

Bagatello prüfen Zivilverfahren

Auch Bagatello-Anwalt Erich Eicher hat vom Entscheid der Staatsanwaltschaft Kenntnis genommen. Er will die Verfahrenseinstellung nicht kommentieren. Möglich ist aber, dass die Sache für Appalooza noch nicht ganz ausgestanden ist. Auf die Frage, ob Bagatello nun ein Zivilverfahren einleiten werde, antwortet Eicher: «Wir prüfen diese Möglichkeit.»

Kurz

Nigerianische Polizisten im Einsatz

Die Kantonspolizei Bern erhält Ende Mai Verstärkung von Fahndern aus Nigeria. Gemäss einem Bericht der Gratiszeitung «20 Minuten» werden die Beamten im Rahmen des Austauschprojekts Schweiz - Nigeria für zwei Wochen einen Stage absolvieren. Im Vordergrund steht dabei die Bekämpfung des Drogenhandels. Gemäss einem Sprecher des Bundesamtes für Migration (BFM) soll mittel- und längerfristig aber auch der Rückfluss von Drogengeldern unterbunden werden. Zwei nigerianische Polizisten haben seit August letzten Jahres mehrere Kantonspolizeien unterstützt. Die Fahnder werden bei der Kantonspolizei Bern zwar ihre eigenen Uniformen tragen, aber unbewaffnet sein und keine Amtshandlungen vornehmen. (pd)

Defekter TV führte zu Chaletbrand

Ein Defekt an einem Fernsehgerät hat am vergangenen Wochenende in Wengen zu einem Chaletbrand geführt. Das haben die Ermittlungen der Kantonspolizei ergeben. Der Brand, bei dem niemand verletzt wurde, hat mehrere Hunderttausend Franken Sachschaden verursacht. Mehrere Wohnungen des Chalets sind nicht mehr bewohnbar, wie das zuständige Regierungsstatthalteramt und die Polizei gestern mitteilten. Nach dem Brandausbruch vom Samstagabend hatte eine Bewohnerin noch vergeblich versucht, den Brand zu löschen. Dies gelang den Feuerwehren von Wengen und des Talbodens Lauterbrunnen. (sda)

Kurz

Support für Hooligan-Konkordat

Der Regierungsrat des Kantons Bern empfiehlt dem Grossen Rat dem verschärften Hooligan-Konkordat zuzustimmen, wie er gestern mitteilte. Mit dem Konkordat soll der Gewalt rund um Sportanlässe entgegengewirkt werden. Die Verschärfungen beinhalten eine Bewilligungspflicht für Fussball- oder Eishockeyspiele der obersten Liga. Zudem sollen Gemeinden Alkoholverbote aussprechen und den Verkauf von Kombitickets für Eintritt und Transport anordnen können. Der Grosse Rat wird in der Märzsession 2013 über das geänderte Konkordat abstimmen. (jb)

Neuer JGK-Generalsekretär

Christoph Miesch wurde zum neuen Generalsekretär der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) ab September 2013 gewählt. Der 56-jährige Miesch ist Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung der JGK. (jb)